

Dazu haben Sie vorsichtshalber gar nichts gesagt. Zum Beispiel gehört das Vergaberecht an dieser Stelle durchaus einmal hinterfragt, wo es noch Möglichkeiten gibt, Lücken zu schließen.

Herr Minister Reul, Sie haben sich lang und breit darüber ausgelassen, ob sie denn vielleicht etwas zu dem, was in diesen Anträgen steht, sagen sollten. Sie haben sich dann vorsichtshalber dafür entschieden, nicht über das zu reden, was Sie betroffen hätte,

(Beifall von den GRÜNEN)

denn der legislative Fußabdruck betrifft genau die Landesregierung, betrifft genau Sie. Dazu haben Sie vorsichtshalber gar nichts gesagt.

Das ist auch nicht überraschend, weil genau diese Regelungen seit Jahren von der CDU blockiert werden. Das ist auch der Punkt, weshalb ich hier gesagt habe: Wir erwarten, dass Sie sich unverzüglich auf die Socken machen und sich unseren Initiativen anschließen, denn von uns liegen die Initiativen vor und von Ihnen nicht. Deshalb: Schließen Sie sich uns an, bitte schön!

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar erstens über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/13055. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt; wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Wer möchte zustimmen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Enthaltungen? – Damit ist der **Antrag Drucksache 17/13055 abgelehnt.**

Zweitens stimmen wir über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 17/13070 ab. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Hauptausschuss – federführend – sowie an den Rechtsausschuss. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Damit haben wir die **Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.**

Drittens stimmen wir über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/13071 ab. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt; wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/13071 abgelehnt.**

Ich rufe auf:

4 Gesetz zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12976

erste Lesung

In Verbindung mit:

Klimaanpassungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KIAng)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12977

erste Lesung

Zur Einbringung des Entwurfs des Gesetzes zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute den Entwurf zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes für unser Bundesland Nordrhein-Westfalen vorzustellen.

Der Klimaschutz ist eine zentrale Aufgabe unserer Zeit. Wenn wir jetzt entschlossen handeln, erreichen wir die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens. Mit unserem Gesetzentwurf stellen wir hierfür wichtige Weichen. Unser Gesetzentwurf passt das geltende Recht an; dies ist auch dringend notwendig.

(Unruhe – Glocke)

In den vergangenen Jahren haben sich die klimapolitischen Rahmenbedingungen stark verändert. Es ist daher wichtig, dass wir jetzt den bestehenden Rechtsrahmen ausbauen. Um die Zielvorgaben von Paris zu erfüllen, steigern wir unsere Ambitionen.

Wir schärfen zudem unseren Fokus und erweitern unseren Instrumentenkasten. Wir zielen mit dem neuen Gesetz darauf ab, den Klimaschutz als Katalysator für Innovationen und Modernisierung zu nutzen.

Auf diese Weise werden wir Transformationsprozesse anstoßen. Damit stärken wir langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Nordrhein-Westfalen. Zudem können wir zum Vorbild für zahlreiche andere Regionen in der Welt werden, die ähnlich wie wir strukturiert sind.

(Zuruf von der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Ihnen gerne kurz die wesentlichen Neuerungen erläutern.

Mit unserem Gesetzentwurf verankern wir das Ziel der Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2050.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das bisherige Gesetz sah eine Minderung um mindestens 80 % vor. Das mag einem schon sehr weitreichend erscheinen, aber zwischen 80 und 95 % bzw. Klimaneutralität besteht in Wahrheit ein Quantensprung.

Das bedeutet, dass wir die Industrie bis dahin werden weitgehend umgebaut haben müssen. Das sind noch 29 Jahre; wir haben uns in Deutschland daran gewöhnt, dass man in solchen Zeiträumen maximal eine Umgehungsstraße fertiggestellt bekommt.

(Heiterkeit von Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)

Wir können in etwa erahnen, was noch vor uns liegt, insbesondere wenn wir die Menschen, die Arbeitsplätze und die Unternehmen dabei mitnehmen wollen.

Das ist aber auch das nationale und europäische Ziel. Nordrhein-Westfalen wird es erreichen können, wenn wir mit Maß und Mitte, mit Sinn und Verstand und mit Vorrang für Innovation gestalten.

Damit uns das gelingt – auch das ist anders als im bisherigen Klimaschutzgesetz –, gibt es eben auch ein Ziel für 2030. Darauf hatte man beim ersten Klimaschutzgesetz verzichtet. Dort sah man bis 2020 minus 25 % und minus 80 % bis 2050 vor. Der Weg dorthin war noch etwas unbestimmter; wir müssen ihn aber klarer bestimmen.

Wir setzen ein ehrgeiziges Ziel von minus 55 % bis 2030. Mit diesem Klimaschutzgesetzentwurf ziehen wir mit dem nationalen Ziel gleich. Das bisherige nationale Ziel im Jahr 2020 lag bei minus 40 % und das Ziel für Nordrhein-Westfalen bei minus 25 %, weil ein Energie- und Industrieland natürlich andere Herausforderungen zu bewältigen hat als eher ländlich geprägte Bundesländer wie zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Insofern ziehen wir mit dem Bundesklimagesetz und den Zielen auf nationaler Ebene auch mit Blick auf das Jahr 2030 gleich. Das zeigt das Ambitionsniveau dieses Klimaschutzgesetzentwurfs. Im Hinblick auf unsere bisherigen Erfolge bin ich aber sehr optimistisch, dass uns das auch gelingen kann.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wir hatten hier immer mal wieder Gelegenheit, uns dazu auszutauschen. Wir sind sehr stolz darauf, dass es Nordrhein-Westfalen durch große Anstrengungen vor allen Dingen der Energiewirtschaft und der Industrie gelungen ist, bereits im Jahr 2019 eine Minderungsziel von 38,3 % zu erreichen, während

wir national bei 35,7 % und in Baden-Württemberg gegenüber 1990 gerade bei knapp unter 20 % lagen.

Das zeigt, was in Nordrhein-Westfalen auch mit Wirtschaftswachstum und Industriearbeitsplätzen alles möglich ist, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmer, Wissenschaft und Politik ernsthaft an diesen Themen arbeiten.

Mit den neuen Klimaschutzziele legen wir einen klaren und angepassten Pfad fest. Wir schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und die Gesellschaft. Darüber hinaus geben wir innovativen Ideen und Lösungen mehr Raum. Bislang gab es hierfür nicht ausreichende Möglichkeiten.

Uns allen ist bewusst, dass ambitionierte Ziele alleine nicht ausreichen. Deshalb enthält unser Entwurf auch die Stellhebel, um diese Ziele mit den Menschen in unserem Land zu erreichen.

Wir schaffen keine zusätzlichen ordnungsrechtlichen Verpflichtungen, die es bereits in den bundesrechtlichen und europarechtlichen Vorgaben und Instrumenten gibt; vielmehr schaffen wir die notwendigen Rahmenbedingungen für den Wandel hin zur Klimaneutralität.

Wir geben der Wissenschaft, den Unternehmen und der Gesellschaft den nötigen Raum und die nötigen Instrumente. Wir wollen nicht durch Verbote, sondern durch Ermöglichung diese Ziele meistern.

Für uns ist der Ausbau der erneuerbaren Energien ein Eckpfeiler des Klimaschutzes; darum erhöhen wir hier das Tempo. Zudem setzen wir auf neue Energieträger. So wird zum Beispiel Wasserstoff in der klimaneutralen Zukunft eine entscheidende Rolle spielen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Daher bauen wir in Nordrhein-Westfalen eine Wasserstoffwirtschaft auf. Die Grundlagen dafür haben wir mit unserer Energieversorgungsstrategie und der Wasserstoff-Roadmap für Nordrhein-Westfalen bereits gelegt.

Um unsere Klimaschutzpolitik effektiv zu steuern, führen wir ein Klimaschutz-Audit ein. Wir stellen uns damit der Verantwortung, dass klimapolitisches Handeln auch konsequent und kontinuierlich überprüft werden muss. Wir werden das erstmals durchführen, sobald das Gesetz in Kraft getreten ist.

Die Landesregierung nimmt sich mit dem Klimaschutzgesetz darüber hinaus aber auch selbst in die Pflicht: Wir machen uns selbst die Vorgabe der klimaneutralen Landesverwaltung bis zum Jahr 2030.

Wir werden unsere Ziele für den Klimaschutz nur erfüllen, wenn wir alle betroffenen Akteure beteiligen und mit ihnen zusammenarbeiten. Daher verankern wir einen gesellschaftlichen Austausch zu unserer

Klimapolitik in Form des Beirats Klimaschutz NRW in unserem Gesetz.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das bisherige Klimaschutzgesetz war nicht nur in seinen Zielen nicht hinreichend ambitioniert, um das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen, sondern auch in seinen Instrumenten zu eng gedacht. Es ging zu sehr in Richtung Planifikation und zu wenig in Richtung kreativer Gestaltung und Innovationen. Genau darin sehen wir aber die Lösung für die großen Herausforderungen der Zukunft.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können unglaublich viel. Wir bauen darauf, dieses sehr ambitionierte Ziel, das wir uns mit diesem Gesetzentwurf setzen, mit ihnen gemeinsam auch erfüllen zu können. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Heinen-Esser das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da schließe ich nahtlos an den Kollegen Pinkwart an, und wir kommen zur anderen Seite der Medaille des Klimawandels, nämlich zu den Auswirkungen des Klimawandels und der Klimaanpassung.

Wir haben alle in den vergangenen drei Monaten erlebt, dass wir den zehnten zu warmen Winter infolge hatten. Der Temperaturdurchschnitt lag in Nordrhein-Westfalen in dieser Zeit um 1,6 Grad über dem Wert der Referenzperiode von 1961 bis 1990.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Und?)

Ende Februar stieg in Deutschland das Thermometer sogar an sechs Tagen infolge auf über 20 Grad.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

So etwas hat es hierzulande seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im meteorologischen Winter noch nie gegeben.

Mit jedem heißen und trockenen Sommer, jedem zusätzlichen lokalen Starkregenereignis und jedem neuen Temperaturrekord wird klarer,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

dass der Klimawandel auch in unserem Bundesland voranschreitet und uns keine Verschnaufpause gönnt. Gerade in den Sommermonaten wird das mehr als deutlich. 6,9 Millionen Menschen sind bei uns in Nordrhein-Westfalen bereits durch Hitze be-

lastet. Laut Prognosen des LANUV können es sogar in ein paar Jahren 11 Millionen Menschen sein. Das liegt besonders an den vielen Innenstädten, die wir haben, Städten mit sehr viel Beton, der dafür sorgt, dass aufgeheizt wird und es kaum Möglichkeiten gibt, dass sich die aufgestaute Hitze zurückbilden kann.

Unsere Wälder nehmen immer sichtbarere Schäden. Stürme, Hitze, verbunden mit Dürre, Massenvermehrung von Borkenkäfern lassen sich zu einem großen Teil auf den Klimawandel zurückführen. Wir haben das hier wahrlich schon oft genug diskutiert. Die letzten drei Jahre haben mit ihrer starken Trockenheit die Lage dramatisch zugespitzt.

Bei Starkregen dagegen, dem anderen Extrem, geraten unsere Kanalisationen unter Druck, weil die Wassermassen nicht schnell genug abgeführt werden können. Auch in der Landwirtschaft wirken sich die Extremwetterereignisse auf unsere Ernten aus und gefährden die Fruchtbarkeit der Böden. So weit zur Bestandsaufnahme.

Es ließen sich viele weitere Beispiele nennen, die uns zeigen, dass Klimaschutz wichtig ist und unbedingt, wie Kollege Pinkwart es deutlich gemacht hat, weiter gestärkt werden muss. Klimaschutz alleine reicht aber nicht aus. Die Botschaft, die wir aus der Wissenschaft mitbekommen haben, ist unmissverständlich. Wir müssen heute schon aktiv vorsorgen, um für die weiteren Folgen des Klimawandels gewappnet zu sein.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Deshalb legen wir neben dem Klimaschutzgesetz auch ein Gesetz zur Klimaanpassung vor. Anpassungsmaßnahmen müssen jetzt eingeleitet werden, um wichtige Bereiche unserer Infrastruktur, unserer Natur, unserer Industrie, unserer Wirtschaft tatsächlich zukunftssicher zu machen, und natürlich auch, um uns Menschen besser zu schützen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Frau Ministerin, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Dr. Blex würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Bitte nicht heute. Es war nämlich ein schöner Tag.

(Beifall von der CDU – Heiterkeit von der AfD und Wibke Brems [GRÜNE])

Im Bereich der grünen Infrastruktur gibt es einen breiten Kasten an Instrumenten, um Hitzeinseln und Aufheizungen entgegenzusteuern. Begrünte Dächer und Fassaden, die Entsigelung von gepflasterten Flächen, die Schaffung von Grünflächen, Pflanzen und Bäumen, Frischluftschneisen, Wasserflächen

helfen hier multifunktional. Das sind Maßnahmen, die ihr Umfeld kühlen, die das Mikroklima verbessern, sie reinigen die Luft und fördern auch die Biodiversität. Das sind wirklich hervorragende Maßnahmen. Wir können sie im Übrigen auch hier in Düsseldorf bewundern, wo es jetzt schon tolle Leuchtturmprojekte gibt, die zeigen, was man mit Fassadenbegrünung in der Architektur erreichen kann.

Auch im Wald ist Klimaanpassung nötig. Die Kollegen, die Waldkreise mit großen Wäldern haben, wissen das sehr genau. Wir brauchen klimastabile Mischbestände, um die Resilienz zu erhöhen und das Risiko weiterer Waldschäden zu minimieren.

Die Klimaanpassung hat aber bislang eher so eine ungeordnete Rolle gespielt. Mit einem eigenständigen Gesetz ändern wir das jetzt. Wir trennen diesen Bereich aus dem Klimaschutzgesetz heraus und werten damit diese Aufgabe ganz entscheidend auf. Das schafft wesentlich mehr Verbindlichkeit, ermöglicht eine bessere Steuerung und erhöht die Erfolgsaussichten.

Was hat das Gesetz vor? – Das Allerwichtigste ist ein sogenanntes Berücksichtigungsgebot. Das heißt, politische und planerische Entscheidungen werden künftig von den zuständigen Behörden und Ämtern auf deren Klimaanpassungsrelevanz hin überprüft.

Bei Kosten-Nutzen-Rechnungen sind auch immer die zu erwartenden Kosten mit zu berücksichtigen, die sich aus dem Klimawandel ergeben können. Damit führt an Maßnahmen zur Klimaanpassung tatsächlich kein Weg vorbei.

Wir wollen eine Klimaanpassungsstrategie entwickeln, ähnlich wie der Bund das hat, die spätestens alle fünf Jahre fortgeschrieben werden muss. In Bereichen wie der Forstwirtschaft, Tourismus, menschliche Gesundheit soll die Strategie künftig zum zentralen Dreh- und Angelpunkt der nordrhein-westfälischen Klimaanpassungsmaßnahmen werden.

Es bleibt dabei, dass es ein Querschnittsthema ist. Jedes Ressort ist eigenverantwortlich für Maßnahmen in seinem Bereich. Einen großen Stellenwert – ich habe es eben schon gesagt – bekommt die grüne Infrastruktur „Schutz und Ausbau“, weil sie tatsächlich der Schlüssel zur Lösung ist. Wir haben im Rahmen der Ruhrkonferenz gemeinsam mit dem Ruhrverband eine große Infrastrukturkampagne auf den Weg gebracht.

Wir werden 250 Millionen Euro für Fördermaßnahmen im Bereich der grünen Infrastruktur geben. Aber auch jeder Einzelne kann etwas bei der Gestaltung seiner Gärten tun, ob er Schotter oder mehr Grün, mehr Blumen etc. verwendet und so dafür sorgt,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

dass die Biodiversität davon profitiert und auch Starkregenereignissen begegnet wird.

Meine Damen und Herren, wir sind das erste Bundesland, das ein solches Gesetz auf den Weg bringt. Ich glaube, wir können stolz darauf sein. So wie wir auch im Klimaschutz vorankommen, sind wir auch bei der Klimaanpassung ganz vorne mit dabei. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. Wahrscheinlich haben Sie gemerkt, dass eine Kurzintervention von Herrn Dr. Blex angemeldet wurde.

Dr. Christian Blex (AfD): Frau Heinen-Esser, es ist sehr bedauerlich, dass Sie sich Fachfragen entziehen wollen, indem Sie die nicht zulassen. Sie haben eben viel Panik verbreitet. Sie haben davon gesprochen, dass es im Winter mal wärmer wird, dafür im Sommer auch ab und zu mal kälter sein kann. Sie haben also – gelinde gesagt – populistisch Panik geschürt.

Dann haben Sie gesagt, wie wichtig jetzt das Gesetz zur Anpassung sei, dass man sich nur mit dem Gesetz den negativen Folgen des Klimawandels begegnen könnte.

1540 gab es die große Dürre. Vielleicht hätte da auch schon die CDU an der Regierung sein sollen mit einem Klimaanpassungsgesetz. Vielleicht hätten sich die Leute dann an die große Dürre von 1540 besser angepasst.

Frau Heinen-Esser, Sie dürfen gleich antworten, wenn Sie es fachlich können. Vielleicht können Sie mir mitteilen, wie sich denn das Klima wandeln wird. Wird es kälter? Wird es wärmer? Bleibt es vielleicht so, wie es ist? Oder – das ist das Entscheidende – glauben Sie allen Ernstes, dass wir ausgerechnet jetzt nach 250.000 Jahren Menschheitsgeschichte, gerade zu diesem Zeitpunkt das optimale Klima in Europa haben?

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Dr. Blex. – Frau Ministerin hat jetzt auch ein offenes Mikrofon.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Dr. Blex, wir haben uns schon sehr häufig darüber ausgetauscht. Sie wollen die Fakten einfach nicht wahrhaben. Sie wollen sich nicht damit beschäftigen, welche negativen Auswirkungen Klimaveränderungen auf uns haben. Deshalb habe ich meinen bisherigen Aussagen, wie es die Bundeskanzlerin gestern auch zu einem

Kollegen von Ihnen gesagt hat, nichts mehr hinzuzufügen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das ist selbsterklärend!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Wir fahren jetzt fort, indem wir die Debatte eröffnen.

Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Rehbaum das Wort.

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Partei mit dem „C“ ist uns die Bewahrung der Schöpfung ein Herzensanliegen und staatsbürgerliche Verpflichtung zugleich. Atomausstieg, Kohleausstieg, Ausbau der Erneuerbaren, Wasserstoffnutzung, Sektorkopplung, Energieeffizienz, Elektromobilität, Ausbau des ÖPNV, Ausbau des Radwegenetzes, energetische Gebäudesanierung oder die Projekte des großartigen Klaus Töpfer, die Müllertrennung oder die Sanierung des Rheins nach der Sandoz-Katastrophe in den 80er-Jahren – allesamt praktische CDU-Politik für die Erde unserer Kinder.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen ist es für uns selbstverständlich, die Klimaziele von Paris nicht nur anzuerkennen, sondern auch zu erfüllen. Das verbindet uns mit einem Großteil der Fraktionen hier im Hohen Haus.

Dass wir Paris erreichen, ist unstrittig. Wie wir es erreichen, das ist das Entscheidende. Wie erreichen wir die erforderlichen CO₂-Einsparungen, die uns die Wissenschaft ins Stammbuch geschrieben hat? Welche Randbedingungen setzen wir uns dafür?

Wir unterscheiden uns als bürgerliche NRW-Koalition an dieser Stelle sicherlich von der stramm linken Gruppe hier im linken Bereich des Plenarsaals.

(Frank Sundermann [SPD]: Links empfinde ich als Kompliment, Herr Rehbaum!)

Rot-Grün hat 2013 ein aus heutiger Sicht saft- und kraftloses Klimaschutzgesetz vorgelegt. Damit verbunden war ein Klimaschutzplan, der den sozialistischen Geist zentralistischer Planung und Regelungswut

(Lachen von Frank Sundermann [SPD])

und ein Klein-Klein in sich vereint.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Wo ist der Unterschied?)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Herr Kollege Rehbaum, dass ich Sie unterbreche.

Herr Kollege Klocke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Nein, danke.

Bis heute auffällig ist das mutlose CO₂-Einsparungsziel des Gesetzes,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

das federführend von einem grünen Ministerium erstellt wurde, nämlich 25 % CO₂-Einsparung gegenüber 1990 in 2020. Das ist sogar weniger als die 33 % im Klimaschutzgesetz der davor im Amt befindlichen Wirtschaftsministerin Christa Thoben.

Wir haben mittlerweile mit großen Anstrengungen 38 % geschafft, und zwar vor Beginn der Coronapandemie. Im gleichen Zeitraum hat Baden-Württemberg zum Beispiel nur 19,8 % geschafft.

(Frank Sundermann [SPD]: Was ist denn euer Beitrag gewesen?)

Wir dürfen uns darauf nicht ausruhen. Wir krempeln die Ärmel hoch, und wir wollen an die Grenzen des Machbaren gehen. Deswegen setzen wir im Klimaschutzgesetz 55 % CO₂-Einsparung bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050 um.

Der Kohleausstieg ist beschlossene Sache – zehn Jahre früher als Rot-Grün das wollte. Wir haben hier im Klimaschutzgesetz einige Punkte, die das dann auch noch vereinfachen: die Audits, die den Druck auf dem Kessel halten sollen, die klimaneutrale Landesverwaltung. Das ist wichtig, damit wir hier weiterkommen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, dass ich Sie noch einmal unterbreche, Herr Kollege Rehbaum. Diesmal wünscht Herr Dr. Blex, Ihnen eine Zwischenfrage zu stellen.

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Ebenfalls nicht, vielen Dank.

Das Klimaschutzgesetz baut auf einem Bündel von konkreten Programmen auf, die längst begonnen sind. Sie werden gleich monieren, dass dieses oder jenes nicht im Klimaschutzgesetz drinsteht. Wir können ja auch nicht vier Jahre warten mit unseren Klimaschutzmaßnahmen, nur damit wir sie jetzt in ein Gesetz reinschreiben. Wir als NRW-Koalition haben direkt 2017 mit Klimaschutz angefangen:

(Frank Sundermann [SPD]: Wie denn?)

Versiebenfachung des Haushalts für Klimaschutz und Energie, Rekordinvestitionen in Bus und Bahn, eine Milliarde in die Stadtbahn,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Reaktivierung von Schienenstrecken, Güter auf die Schiene und, und, und.

Der Fahrradverkehr: 485 km neue Radwege seit 2017, Rekordinvestitionen, ein Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Die Elektromobilität: 12.000 neue Ladestellen bis 2022.

Wir kriegen das Batterieforschungsinstitut in Münster, die Wasserstoff-Roadmap, mit der wir bundesweit an der Spitze sind, die Energieversorgungsstrategie mit der Verdopplung von Wind und Sonne, 100 Millionen Euro für die Aufforstung von Wäldern, Forschung und Entwicklung für klimafreundliche Ackerbaumethoden.

Kurz und gut: Wir, die NRW-Koalition, machen Klimaschutz mit Leib und Seele, mit wirksamen Maßnahmen, mit Sinn und Verstand in enger Zusammenarbeit mit Praxis, Forschung und Wissenschaft.

Der größte Unterschied in der Klimaschutzpolitik zwischen der bürgerlichen NRW-Koalition und der Opposition ist: Wir stehen zu unseren energieintensiven Unternehmen und den Arbeitsplätzen. Wir wollen sie hier behalten und klimaneutral machen.

Wir erleben gerade einen regelrechten Überbietungswettbewerb an CO₂-Einsparzielen – offenbar vor dem Hintergrund der heraufziehenden Bundestagswahl.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Man sagt auf dem Bau: Nach fest kommt ab. – Wenn man eine Schraube andrehen will, und sie soll noch fester werden, dann zieht man noch mal an, und dann bricht der Kopf ab. Das darf uns nicht passieren.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Genau!)

Wir müssen höllisch aufpassen, dass das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird.

Mit unerreichbaren Auflagen für energieintensive Unternehmen werden Stahl, Glas, Papier, Zement, Chemie, Keramik ins Ausland vertrieben. Damit ist dem Klima nicht geholfen. Aber die Arbeitsplätze wären weg.

Mit Wasserstoff, CO₂-Speicherung oder -nutzung und Energieeffizienz werden wir unsere energieintensive Industrie klimaneutral machen, mit Klimatechnologie made in NRW

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

für die Erde unserer Kinder, für die Menschen in unserem Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. Sie haben gemerkt, es wurde eine Kurzintervention angemeldet, und zwar von Herrn Kollegen Klocke. – Herr Kollege Klocke, Sie haben das Wort.

Arndt Klocke^{*)} (GRÜNE): Herr Kollege Rehbaum, da Sie ja keine Zwischenfrage zulassen wollten, nutze ich jetzt natürlich die Kurzintervention.

Ich habe eine Nachfrage. Sie sprachen von den unsinnigen Plänen des stramm linken Teils dieses Hauses. Das sind Vokabeln oder Floskeln, die ich sonst in den Reden von Herrn Loose von der AfD höre, wenn ich ihm denn mal zuhöre.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] und Christina Weng [SPD])

Ich wüsste gerne, wen Sie denn genau meinen mit den unsinnigen Plänen des stramm linken Teils dieses Hauses. Das zeigt ja auch so ein bisschen, wo man selbst gesellschaftlich und politisch steht,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

wenn man das sozusagen als Bild verwendet.

Ansonsten: Das war ja von Ihnen ein Tremolo an Sachen, die angeblich alle schon umgesetzt sind und auf dem Weg sind. Ich kenne mich nicht in allen Bereichen inhaltlich in aller Tiefe aus. Aber in der Verkehrspolitik – daher kennen wir beide uns ja auch – kenne ich mich schon aus.

Beim Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz gibt es jedenfalls meines Wissens bisher einen Referentenentwurf, der zumindest von allen Fahrradverbänden – also vom ADFC, von RADKOMM, von Aufbruch Fahrrad, die ja die große Volksinitiative gestartet haben – kritisiert und als unzureichend abgelehnt wird. Sie haben das ja gerade hier als große Erfolgsmeldung bekanntgegeben.

Sie haben auch die Finanzmittel angesprochen. Mein Stand ist aus den letzten Landeshaushalten, dass jeweils ein Drittel aus diesem Fahrrad- und Nahmobilitätsetat nicht verbaut werden konnte und an den Finanzminister zurückgegangen ist.

Also: Man kann ja immer gut sagen, man hat da viel Geld in den Haushalt eingestellt, aber wenn das nicht konkret in Projekte umgesetzt wird, dann nutzt einem das konkret vor Ort nichts.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Zeit.

Arndt Klocke^{*)} (GRÜNE): Aber das ist sozusagen nur die inhaltliche Begleitmusik. Mich würde interessieren, wen Sie denn mit dem stramm linken Teil dieses Hauses meinten.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Herr Kollege Rehbaum hat Gelegenheit zur Antwort.

Henning Rehbaum* (CDU): Meines Wissens wird das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz von breiten Teilen der Bevölkerung sehr begrüßt.

Ich weiß auch, dass Sie das sehr ärgert, dass wir diesen wichtigen Politikbereich wirklich konsequent besetzen. Und wir machen das gut: 485 km neue Radwege.

(Zustimmung von Rainer Deppe [CDU])

Das haben Sie während Ihrer Amtszeit nie geschafft.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Dass wir Genehmigungshindernisse und Schwierigkeiten zum Beispiel beim Ausbau von Radschnellwegen haben, ja, das ist ein Problem. Da spielen auch Naturschutzfragen, Artenschutzfragen, Flächenverfügbarkeit eine Rolle. Das ist alles nicht so einfach. Da könnte man einiges verbessern. Da würden wir auch sicherlich gerne mal Ihre Unterstützung erfahren und wollen nicht immer nur Stöcke in die Speichen bekommen. An der Stelle kann man sicherlich einiges besser machen.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Ansonsten, denke ich, sind wir uns alle einig. Herr Loose ist immer sehr markant auf dem falschen Weg.

Ich glaube, Sie wissen sehr genau, was ich meine mit einem stramm linken Bündnis auf Ihrer Seite, wenn man sich den alten Klimaschutzplan anguckt, der wirklich so kleinteilig ausgearbeitet war mit Hinweisen, man möge doch bei gutem Wetter die Wäsche nicht in den Trockner stecken, sondern auf die Leine hängen.

(Zuruf von Wibke Brems [GRÜNE])

Das war wirklich lächerlich.

(Wibke Brems [GRÜNE]: Das ist gelogen!)

Deswegen verstehen Sie sehr genau, was ich meine. – Danke.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rehbaum, als jemand, der aus einer Partei mit dem „S“ vorne kommt und in einer Partei der Arbeit ist, bin ich stolz darauf, dass wir konkret benennen, wie man etwas

ändert. Mit Pathos, Gebeten, Rückzug und Geschichtsklitterung ist noch nie etwas besser geworden im Land. Sie waren gerade das Paradebeispiel dafür, dass die sogenannte bürgerliche Koalition nichts auf die Pfanne kriegt und die Zukunft überhaupt nicht im Blick hat.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Das war ein Totalausfall, Herr Rehbaum, ein Totalausfall.

Ich will Sie nur mal daran erinnern, weil Sie ja den großen Atomausstieg von Angela Merkel hier anführen: Der Atomausstieg ist unter Rot-Grün passiert, unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer. Frau Merkel wollte die Restlaufzeiten verlängern. Unter dem Druck nach Fukushima wurde in zwei Tagen alles wieder zurückgenommen, weil Sie in Zukunftsfragen nicht stehen, weil Sie keine Idee haben. Das wurde super deutlich.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Wenn links bedeutet, dass man etwas ordentlich macht, dann bin ich ausgesprochen stolz darauf, links zu sein, Herr Rehbaum.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von Henning Rehbaum [CDU] und Daniel Sieveke [CDU])

Ich bin schon etwas erstaunt über den unambitionierten Einstieg von Herrn Minister Pinkwart. Er hat ausgeführt, wir müssten ambitioniert und mit hohem Engagement handeln. Da habe ich mir gedacht: Meine Güte, jetzt zieht er den Gesetzentwurf zurück. Darin steht schließlich nichts, was ambitioniert wäre.

(Heiterkeit von der SPD und Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

Oder will er noch einen Änderungsantrag einbringen? – Einen solchen kennen wir nicht, Herr Pinkwart. Daher war das schon ein Einstieg nach Maß.

Wir als SPD-Fraktion vergleichen dieses Klimaschutzgesetz mit einem Kissen, auf dem sich die Landesregierung den Rest der Wahlperiode – so viel Zeit ist ja gar nicht mehr – ausruhen möchte. Dieses Kissen ist gestopft mit alten Erfolgen der letzten Landesregierung und mit Beschlüssen aus dem Klimaschutzgesetz und der Kohlekommission.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Oh!)

Diese hat nämlich einen großen Anteil daran, dass wir bei der CO₂-Bilanz so dastehen. Das ist eine Kohlekommission, die in Berlin getagt hat. Das haben Sie selbst heute Morgen noch gesagt.

Wir sehen keine neuen Ideen, keine neuen Ansätze, keine Verbesserungen und keine Erweiterung des Klimaschutzes in unserem Land.

Deswegen mag die Landesregierung sich auf dieses Kissen betten und versuchen, sanft darauf zu ruhen. Der Schlaf wird aber unruhig sein. Dieses Kissen ist nämlich nur ein Klimaschutzgesetz in Lightversion. Es ist weder bequem noch gut zusammengenäht; es ist eben eines, auf dem man sich ausruht – so, wie Sie es hier vier Jahre lang getan haben und wie es Herr Rehbaum eben dargestellt hat. Alles, was das Gesetz leistet, ist nämlich, dass unsere Landesziele an die Vorgaben des Bundes angeglichen werden.

Darüber hinaus bleibt alles vage und unbestimmt. Mit den Texten wird das untermauert. Häufig finden wir die Wörter „sollte“, „könnte“ und „müsste“. Es ist also alles wachweich formuliert, und es gibt keine klaren nachvollziehbare Maßnahmen. Die Landesregierung verwässert ein gutes Gesetz von Rot-Grün. Die Verbindlichkeit und die Ziele werden nicht deutlich gemacht.

Kurzum: Die Klimapolitik in Nordrhein-Westfalen gerät weiter zur Farce. Die Landesregierung beweist sich als Koalition im Konjunktiv und als Union des Ungefähren; sie stochert weiter im Nebel.

Das zeigt sich an einem Punkt sehr deutlich. Es wundert mich, dass Sie dies vorhin angesprochen haben. Es zeigt sich deutlich daran, dass der beteiligungsorientierte Klimaschutzplan, den wir aufgestellt haben, einfach durch ein unverbindliches Audit ersetzt wird. In Zukunft soll statt einer umfassenden Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Sozialpartner und der Gewerkschaften im Rahmen eines unverbindlichen Audits – vielleicht im Hinterzimmer – gearbeitet werden.

Vorhin haben Sie davon gesprochen, man müsse die Menschen mitnehmen, es sei eine große Aufgabe. Und nun werden wir mit Audits abgespeist, Herr Minister. Das ist keine zukunftsorientierte Einteilung und keine Mitnahme der Menschen in diesem großen Prozess in Richtung Klimaneutralität.

Mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen legt die Landesregierung ein neues Zwischenziel für 2030, nämlich 55 % Reduktion der Treibhausgase im Vergleich zu 1990, vor. Außerdem soll bis 2050 Klimaneutralität erreicht werden. Damit setzt man sich aber nur an das untere Ende der Skala. Das EU-Parlament fordert nämlich schon seit Längerem eine Treibhausgasmindering um 60 %.

Darüber hinaus wäre es zwingend erforderlich gewesen, sektorspezifische Minderungsziele wie im Berliner Klimaschutzgesetz klar zu formulieren und einen verbindlichen Anteil erneuerbarer Energien festzulegen.

All das scheint die Landesregierung für nicht notwendig zu halten. Das Gleiche gilt für die Monito-

ringpflichten, die unbedingt benötigt werden, um deutlich zu machen, was passiert, wenn die Ziele verfehlt werden. Das ist es auch: Es mangelt Ihnen an Konsequenz. – Was passiert denn, wenn die Ziele nicht eingehalten werden? Wird dann „Du, du, du!“ gesagt oder was passiert dann? Daher ist das, was Sie uns heute vorlegen, ein zahnloser Tiger, Herr Minister.

Darüber hinaus muss sich die Landesregierung, wie ich eben schon gesagt habe, an ihren Taten messen lassen, und zwar durch ihre reale Politik in den Bereichen „Klima“, „Fläche“, „Windkraft“ und „fehlender Unterstützung der Bürger*innen und Unternehmen im Land Nordrhein-Westfalen“.

Durch diese Arbeit und dieses unambitionierte Gesetz gefährden Sie auch zukünftige Jobpotenziale. Schon heute haben wir in Nordrhein-Westfalen 46.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien. Das ist Wandel, das ist Strukturwandel.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Für 30 Milliarden Euro!)

Aber statt in die Breite zu gehen, statt mit den Menschen darüber zu reden, zerschlagen Sie ganz aktuell die EnergieAgentur.NRW mit 160 Mitarbeiter*innen. Sie vernichten mit dieser Aufgabe der EnergieAgentur Potenziale, die über viele Jahre aufgebaut worden sind. Sie haben gerade deutlich gemacht, dass man Vertrauen und Akzeptanz in die Gesellschaft tragen sollte, und die Einrichtung, die genau dafür steht, soll nun zerschlagen werden. Sie verlieren dadurch Beratungskompetenz für Unternehmer, Zivilgesellschaft, Kommunen und Bürger*innen. All das geht verloren.

Warum eigentlich? Das haben wir uns in der SPD-Fraktion gefragt. War die Agentur zu unbequem, weil sie vielleicht mal nachgerechnet hat, ob zwischen dem, was Sie ankündigen, und dem, was dann tatsächlich passiert, ein Gap besteht, das Sie so schnell nicht füllen können, auch nicht mit wunderbaren Worten? Ist die EnergieAgentur zu unbequem?

Die neue Energie- und Klimaagentur, die eingerichtet wird, soll erst 2024 an den Start gehen. Was wollen Sie denn in der Zwischenzeit machen? Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden ins Bergfreie fallen, sie werden sich woanders bewerben, das Know-how geht verloren. Das ist keine konsistente Politik.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Schauen wir uns als eine Art Krönung an, wen Sie zum Leiter der Energie- und Klimaagentur machen. Ich möchte ganz vorsichtig sagen: Was da als neue Leitung in den Medien genannt wird, hat schon ein Geschmäckle. Sie haben da kein gutes Händchen bewiesen. Vertrauen baut man mit dieser Leitung ganz sicher nicht auf.

Ein weiterer Punkt, den ich anführen möchte, ist das Ziel der Begrenzung des Flächenverbrauchs auf 5 ha pro Tag im Landesentwicklungsplan. Sie haben diese Leitplanke des Flächensparens einfach und ohne mit der Wimper zu zucken weggewischt. Sie bremsen den Windkraftausbau in Nordrhein-Westfalen durch pauschale Abstände von 1.000 m schlichtweg aus und gefährden damit 20.000 Arbeitsplätze.

Die Potenzialanalyse, die wir vor wenigen Wochen auch in der Öffentlichkeit diskutieren konnten, macht noch mal deutlich, dass Anspruch und Wirklichkeit bei dieser Landesregierung deutlich auseinanderklaffen. Im Jahr 2019 sind laut Jahresbilanz des Landesverbands Erneuerbare Energien NRW nur 37 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 125 MW neu in Betrieb genommen worden. Ich weiß, gleich kommt wieder: In Baden-Württemberg waren das weniger.

(Zurufe von Henning Rehbaum [CDU] und Stephan Haupt [FDP])

Nur, Herr Minister, das nützt uns ja nichts. Wir machen hier nordrhein-westfälische Politik. Und wenn ich Ihnen dann noch sage, dass zum Erreichen Ihrer Ziele, die gerade im Gesetz festgelegt werden, 210 Anlagen jährlich ans Netz müssten, dann müssten Sie mit einer ganz kurzen Berechnung dazu kommen, dass Sie diese Lücke, von der ich gerade gesprochen habe, nicht schließen können, weil nämlich die Lücke zwischen 37 und 210 nicht unerheblich groß ist. Das kann man auch mit einem Realschulabschluss – wie ich ihn habe – durchaus feststellen, Herr Minister. Das Füllen dieser Lücke und diese klare, strukturierte Politik lassen Sie vermissen.

Sie sind hier als Ankündigungsminister in diesem Gesetz verewigt, das keinerlei Bestand hat und das das Land überhaupt nicht nach vorne bringt.

Sie haben sich bei der Debatte um Windkraftanlagen immer um Akzeptanz bemüht. Wir als SPD-Fraktion haben Sie immer davor gewarnt, indem wir – wir haben gerade davon gesprochen – deutlich gemacht haben: Wenn Sie die Akzeptanzfrage bei der Windkraft so hoch hängen und die Windkraft damit abwürgen, dann wird das eine spannende Nummer, wenn Sie mit den Leuten dann über Elektrolyseure, Wasserstoffleitungen und andere Dinge der Energiewende sprechen müssen. Laut einer Befragung sind die Bürgerinnen und Bürger sehr wohl bereit, Windkraftanlagen zu akzeptieren, wenn sie beteiligt werden und Gemeinwohlinteressen in den Vordergrund gerückt werden. Dazu enthält Ihr Gesetz aber keinerlei Aussagen.

(Beifall von Inge Blask [SPD])

Wir Sozialdemokrat*innen setzen beim Klimaschutz auf das Thema „Jobmotor“ und auf gute Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Weil die Landesregierung mit ihren Zielen nur den Vorgaben von EU und

Bund hinterherläuft, bremsen Sie diesen Jobausbau aus.

Für uns erfordert Klimaschutz nicht nur große Ziele, sondern konkrete Taten, einen verstärkten Ausbau von erneuerbaren Energien, auch wenn die Debatten um Wind und Sonne schwierig sind; das will ich gar nicht verhehlen.

Die verstärkte energetische Sanierung des Wohnungsbestandes bringt Arbeitsplätze in Industrie und Handwerk. Die Sanierung der Wohngebäude in der InnovationCity Bottrop ist Vorbild für eine gelungene Verbindung von Klimaschutz, dem Aufbau von Arbeitsplätzen und einer Verbesserung der Lebensqualität im ganzen Land. Dieses von der SPD initiierte Modellprojekt wird weltweit anerkannt, weil es in Bezug auf den Bestand deutlich macht, wie wir diese große Aufgabe bewältigen können. Deutschland ist bereits gebaut: Wir reden hier von Beständen und von Altbausanierung. Wir haben einen Sanierungsstand in Nordrhein-Westfalen von 1 %. Bottrop hat es auf 3 % geschafft.

Das heißt aber, dass man sich aktiv einbringt. Sie haben InnovationCity in vielen Ausschusssitzungen immer links liegen gelassen – oder auch rechts; wie auch immer. Aber das ist ein zentraler Punkt der Aufgabe, um in Nordrhein-Westfalen deutlich zu machen, wie man diese große Aufgabe mit den Menschen gemeinsam organisieren kann. Davon findet sich kein Wort in dem neuen Gesetz.

In diesem Zusammenhang will ich auf einen ganz entscheidenden Akteur im Klimaschutzgesetz und in Sachen Klimaanpassung kommen: zu den Kommunen. Damit wir die Klimaschutzziele erreichen können, sind die Kommunen ein zentraler Akteur und entscheidender Partner. Sie entwickeln schon heute Klimaschutzkonzepte und setzen diese mit vielen Maßnahmen gemeinsam mit Bürgerinnen vor Ort um.

Im Bereich des Klimaschutzes fördern die Städte, Gemeinden und Kreise die nachhaltige Flächennutzung, eine umweltverträgliche Wasser- und Abwasserbehandlung, eine effiziente Abfall- und Ressourcenerwirtschaftung sowie eine nachhaltige Beschaffung. – Ich erinnere noch einmal an unser Tarifreue- und Vergabegesetz. Nachhaltigkeit wird gerade in den Kommunen ganz deutlich. Mittelstand und Handwerk werden hier unterstützt.

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels haben diese Kommunen diese Fragen der Klimaanpassung vor Ort zu lösen. Frau Ministerin Heinen-Esser hat es gerade ausgeführt. Wir haben bereits im Jahr 2017 als SPD-Fraktion einen Antrag gestellt, der das Thema „Hitzeinseln – Lebensqualität in den Wohnquartieren“ ganz klar in den Mittelpunkt der Debatte stellt. Denn es ist schon ein Unterschied, wer wo in den Kommunen wohnt. Das machen die Daten des LANUV deutlich. Hier will ich das Nord-Süd-Gefälle ansprechen.

Ich will aber deutlich machen – das sagt auch das LANUV –, dass alle Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen betroffen sind, weil die Durchschnittstemperaturen in unserem Land steigen. Beispielsweise im Regierungsbezirk Detmold sind 270.000 Menschen, also 13 % der Gesamtbevölkerung des Regierungsbezirks, von Überhitzung und von zu hohen Temperaturen betroffen. Das hat mit der Verschlechterung der Lebensqualität, der Gesundheit zu tun. Wir haben die Verantwortung, gemeinsam etwas zu tun.

Wir haben im Jahr 2017 bereits mehrfach in Anträgen versucht, deutlich zu machen, dass das Land die Kommunen hierbei nicht alleine lassen darf. Wenn wir uns das Klimaanpassungsgesetz anschauen, erkennen wir Hinweise, die in die richtige Richtung zeigen. Aber unser Vorschlag damals war, dass man koordiniert im Land vorgeht und die Kommunen nicht alleine lässt. Wir haben Haushaltssicherungskommunen, wir haben unterschiedliche regionale Bedingungen, unter denen die Kommunen arbeiten müssen.

Wir alle wissen, dass die kommunale Finanzausstattung nicht so en passant abzuhandeln ist. Ich denke hier an die Grünflächenämter und an diejenigen, die das betreuen. Es hat ein deutlicher Aufbau stattzufinden, damit die Grünflächenämter wirklich arbeiten können, sodass wir in bestehenden Quartieren für mehr Gesundheit und mehr Durchkühlung sorgen können.

Das Klimaanpassungsgesetz bleibt leider hinter dem Anspruch zurück. Wir brauchen eine koordinierte Arbeit von Land und Kommune, Hand in Hand, damit diese Aufgabe bewältigt wird.

Uns ist immer wieder vorgeworfen worden, wir würden in die kommunale Hoheit eingreifen, als wir damals diesen Antrag gestellt haben. Ich möchte aber deutlich machen: Wenn Land und Kommune hier nicht zusammenarbeiten können und die Kommunen diesen großen Umstellungsprozess nicht schaffen, schwächen wir letztendlich das Land Nordrhein-Westfalen. Das wollen wir Sozialdemokrat*innen nicht.

Deswegen können Sie sich vorstellen, dass wir von Ihrem Gesetz – das habe ich gerade deutlich gemacht – relativ wenig halten. Ich hoffe natürlich noch auf die Beratungen, bin aber Realist genug, dass da nicht mehr viel passieren wird. Das ist eine Steilvorlage; denn in einem Jahr stehen wir kurz vor der Landtagswahl. Wir werden die Themen, die für uns wichtig sind, aufnehmen. Darauf können Sie sich verlassen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes¹⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der Neufassung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen setzen wir für ein Energie- und Industrieland sehr ambitionierte Ziele. Die Neufestlegung des Treibhausgasminde- rungsziels für 2030 und die Anpassung des Klima- ziels für 2050 demonstrieren ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz.

Wir sind ambitioniert, das belegen aktuelle Zahlen. Wir wollen als NRW-Koalition aber noch ambitionier- ter vorgehen. Dazu will ich Ihnen einige Belege nen- nen. Wir belegen Platz 1 im Ländervergleich beim Ausbau der Windenergie, Herr Kollege Stinka.

(Frank Sundermann [SPD]: Auf welchem Ni- veau?)

Im Jahr 2020 wurden Anlagen mit einer Leistung von 314 MW neu installiert. Wir belegen bundesweit Platz 2 beim Ausbau der Photovoltaik mit einer neu installierten Leistung von 479 MW.

Beim Rückgang der Treibhausgasemissionen liegen wir deutlich vor dem Bund: Nordrhein-Westfalen 38 %, Bund 35,7 %, Baden-Württemberg 19 %. Jetzt müssen Sie mir aber erklären, Herr Stinka, wie dies das Ergebnis der Kohlekommission in 2019 sein soll, als der Beschluss noch gar nicht gefasst war.

(Beifall von Henning Rehbaum [CDU] und Marc Lürbke [FDP] – Frank Sundermann [SPD]: Das Ergebnis rot-grüner Regierungs- politik! Ganz einfach!)

Sie sehen daran, dass wir hier eigene Leistungen an den Tag gelegt haben. Es ist unser Ziel, Nordrhein-Westfalen zum modernsten und umweltfreundlich- sten Industriestandort Europas zu entwickeln. Dafür brauchen wir klare Rahmenbedingungen, die aber auch erreichbar sind.

Daher zielt die Novellierung darauf ab, Klimaschutz als Treiber für Innovation und Modernisierung zu nut- zen und Transformationsprozesse anzustoßen. Da- mit ermöglichen wir eine nachhaltige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und eine Erhöhung der Le- bensqualität. Klimarelevante Akteure in Nordrhein- Westfalen können eigenständig auf ein klimafreund- liches und zukunftsfähiges NRW hinarbeiten.

Die NRW-Koalition arbeitet konsequent und ent- schlossen ihre Aufgaben ab. Die Novellierung des Klimaschutzgesetzes ist dafür ein weiterer wichtiger Beitrag. Sie fügt sich in eine Reihe von weiteren weit- reichenden Maßnahmen und Initiativen dieser Lan- desregierung ein. Beispielhaft nenne ich unsere in- dustriepolitischen Leitlinien sowie die Energieversor- gungsstrategie, bei der wir auf einen breiten Mix der

Erneuerbaren setzen und nicht, wie Sie es gerade ausgeführt haben und wie es vermutlich auch gleich die Kollegin Brems wieder sagen wird, rein auf Windenergie.

Wir haben mit der Roadmap NRW einen klaren Pfad zum Ausbau der Wasserstoffnutzung vorgegeben. Ein Beispiel, das für NRW sehr wichtig ist – das hat es schon vor unserer Regierung gegeben –, ist das Förderprogramm *progres.nrw*. Wir sind aber auch ehrlich und weisen in dem Klimaschutzgesetz darauf hin, dass es auch in Zukunft notwendig sein wird, Energieimporte stark zu nutzen.

Der Klimaschutz hat einen äußerst hohen Stellenwert in dieser Landespolitik. Die Haushaltsmittel wurden in diesem Jahr im Vergleich zu 2017, also dem letzten Jahr von Rot-Grün, mehr als versechsfacht. Dabei setzen wir vor allem auf die Förderung von Innovationen, Forschung und modernen Technologien.

Wir verstehen Klimaschutz als eine Querschnittsaufgabe, die nur unter Beteiligung aller betroffenen Akteure erfüllt werden kann. Die NRW-Koalition steht mit diesen in einem ständigen Austausch. Auch das Klimaschutzgesetz und das Klimaanpassungsgesetz greifen ineinander. Hierzu wird gleich mein Kollege Markus Diekhoff noch ausführen.

Wir sorgen dafür, dass Ökonomie und Ökologie in Einklang kommen und Wohlstand für unsere Bürgerinnen und Bürger weiterhin erreichbar ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP sowie von Henning Reibaum [CDU] und Dr. Patricia Peill [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss schon sagen, Herr Minister Pinkwart: Sie versuchen, hier eine wahre Zaubershow aufzuführen, sich als Zauberer darzustellen.

(Heiterkeit von Frank Sundermann [SPD])

Sie kündigen Ihre Taten an, zeigen uns Ihre Tricks, loben sich, überhöhen sich selbst.

Bei echten Zauberkünstlern sitzt das Publikum förmlich mit offenem Mund da und fragt sich: Wie hat er das gemacht?

(Heiterkeit von Frank Sundermann [SPD])

Aber bei Ihnen bleibt nach so einem kleinen „Pöff“ irgendwie gar nichts mehr übrig, zu offensichtlich sind die Tricks. Mit großen Worten stellen Sie dar, dass Sie jetzt beim Klimaschutz vorangehen, aber übrig

bleibt, ehrlich gesagt, wenig, und darauf gehe ich jetzt im Einzelnen ein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihr Klimaschutzgesetz ist geradezu lächerlich ambitionslos und schon vor Inkrafttreten überholt. Ich muss hier gar nicht die große Keule des 1,5-Grad-Zieles herausholen, um deutlich zu machen, wie ungenügend Ihr Klimaschutzziel ist.

Die EU hat im Dezember eine Anhebung des Klimaschutzziels für 2030 beschlossen. Das bedeutet, dass Deutschland sein Ziel für 2030 ebenfalls anheben muss, vermutlich von aktuell minus 55 % auf mindestens minus 65 %. Sie können jetzt trotzig Ihre Augen davor verschließen und so tun, als gäbe es diese Entwicklung nicht. Aber deswegen wird die EU ihren Beschluss eben nicht rückgängig machen. Daran muss man sich dann orientieren und das hier auch wiederfinden.

Wir brauchen beim Klimaschutz mehr Dynamik. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt auch, dass diese Dynamik möglich ist. Sie darf aber nicht durch ambitionslose Ziele erstickt werden, sondern muss weiter an Fahrt aufnehmen.

Wie wenig ambitioniert Ihr Ziel ist, wird auch daran deutlich, dass es allein durch die Beschlüsse zum Kohleausstieg erfüllt werden wird. Aber das scheint ja auch Teil eines Ihrer Tricks zu sein. Sie verkaufen die Illusion, Sie würden etwas tun. Was Sie aber planen, sind zehn Jahre klimapolitischer Stillstand.

Die Welt verändert sich nun mal. Was vor einigen Jahren noch als ambitioniert galt – darauf komme ich gleich noch einmal zurück –, ist heute schon überholt. Das ist auch gut so. Denn es bedeutet, dass es in der Klimapolitik vorangeht. Das Traurige ist aber, dass Ihr Gesetz bereits vor der Verabschiedung überholt ist.

Wirklich showwürdig ist dann das, was Sie hier darstellen, nämlich die Dehnbarkeit der eigenen Grundsätze und die Fähigkeit, sich zumindest kommunikativ nach dem Wind zu drehen. Ich möchte ein Beispiel aus der Debatte in den Jahren 2012 und 2013 zum damaligen Klimaschutzgesetz, über das Sie heute sagen, das sei ambitionslos, heranziehen.

Ihr heutiger Kabinettskollege Herr Wüst, der damals natürlich als Oppositionsabgeordneter geredet hat, sagte am 5. Juli 2012:

„Dieses Gesetz, das zunächst nach Prosa und Sonntagsrede aussieht, gibt alle Werkzeuge dafür in die Hand, die Axt an den Industriestandort und Energiestandort Nordrhein-Westfalen zu legen.“

Immer wieder haben wir in der Diskussion gehört, wir sollten endlich Klimaschutz mit Augenmaß machen und bitte nicht zu viel. Und was ist passiert? – Die Ziele wurden übererfüllt. Der Wirtschaft geht es gut,

der Industriestandort existiert immer noch, und Ihre ganze Drohkulisse ist einfach in sich zusammengefallen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte dann noch auf das zu sprechen kommen, was Herr Rehbaum eben als Beispiel genannt hat. Ich muss Ihnen sagen: Das ist einfach gelogen.

(Henning Rehbaum [CDU]: Oh!)

Sie nehmen hier ein Beispiel aus dem gesamten Verfahren. Sie haben das Beispiel der Wäscheklammer oder der Wäscheleine so dargestellt, als sei es Teil des Klimaschutzplans gewesen. – Das war nie Teil des Klimaschutzplans. Es gab ein großes Beteiligungsverfahren – ich erkläre Ihnen gern noch einmal, wie das abgelaufen ist –,

(Henning Rehbaum [CDU]: Bitte!)

in dem von allen Seiten Eingaben gemacht wurden. Wenn man danach gehen würde, müsste nicht nur das im Klimaschutzplan stehen; vielmehr gab es beispielsweise auch die Eingabe und den Vorschlag, dass man doch bitte endlich umfassend das Fracking genehmigen lassen sollte.

(Henning Rehbaum [CDU]: Da bin ich absolut dagegen! Da bin ich total dagegen!)

Es gab Vorschläge zum Thema „Tagebauausweitung“ usw. usf. Das ist alles nicht aufgenommen worden, weil es eben eine große Bandbreite an Vorschlägen gab und weil es hinterher darum ging, eine gemeinsame Linie zu finden. Deswegen: Irgendein Beispiel zu nehmen und das hier nun anzuführen, ist einfach nur peinlich und lächerlich und eben auch gelogen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Weil Sie sich gerade wieder selber über den Klee gelobt haben:

(Henning Rehbaum [CDU]: Zu Recht!)

Ich weiß, es ist schmerzhaft, aber die Fortschritte im Klimaschutz seit der Regierungsübernahme haben nichts mit Ihrer Politik hier zu tun.

(Henning Rehbaum [CDU]: Woher wissen Sie das?)

Ich erkläre Ihnen gerne, woher die Einsparungen kommen. Man kann sich das genau angucken. Zu 85 % kommen die Einsparungen aus der Energiewirtschaft. Und warum? – Weil Kohlestrom nicht mehr wirtschaftlich ist, und zwar wegen gestiegener CO₂-Preise, niedriger Erdgaspreise, niedriger Börsensstrompreise und wegen des Zubaus erneuerbarer Energien.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das ist doch Quatsch!)

Das alles hat nichts, aber auch gar nichts mit der Politik dieser Landesregierung zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei den Erneuerbaren ist es vielmehr so, dass NRW nicht wegen, sondern trotz Ihrer verheerenden Politik im Vergleich noch der Einäugige unter den Blinden ist. Das alles ist alles andere als Ihr Erfolg.

Das rot-grüne Klimaschutzgesetz ist vor dem Pariser Klimaabkommen verabschiedet worden. Nach der Ratifizierung der Ziele war klar, dass auch wir in Nordrhein-Westfalen deutlich nachschärfen müssen. Diese Erkenntnis hat einige Jahre benötigt, bis sie wirklich auch in der Breite angekommen ist.

Der Bezug zu Paris auch in diesem Klimaschutzgesetz ist natürlich mehr als überfällig. Vier Jahre nach Regierungsantritt damit zu kommen, ist dann aber nicht gerade innovativ. Aber Sie haben sich ja gestern auch noch als neue Landesregierung bezeichnet. Das alles ist alles andere, als beim Klimaschutz voranzugehen.

(Zuruf von Frank Sundermann [SPD])

Die Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 reicht vorne und hinten nicht, um die Pariser Klimaziele wirklich zu erreichen. Wenn Sie das glauben, dann sind Sie Ihrer eigenen Illusion auf den Leim gegangen.

(Henning Rehbaum [CDU]: Schon wieder!)

Apropos Illusion: Herr Rehbaum, als Sie eben angefangen haben, haben Sie gesagt, als Partei mit dem C sei Ihnen die Bewahrung der Schöpfung eine Herzensangelegenheit.

(Henning Rehbaum [CDU]: Absolut! – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Aber im Rheinischen Revier, wo es auch um Heimat geht, um Kirchen, um Menschen, die vertrieben werden, ist Ihnen das vollkommen egal. Da machen Sie ganz klar mit. Das ist kein Problem.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Das hier herauszuholen, ist wirklich scheinheilig.

(Beifall von den GRÜNEN – Henning Rehbaum [CDU]: Das ist Ihr Beschluss von 2016; ein grüner Beschluss zum Abriss von Kirchen von 2016!)

Sie lassen vom alten rot-grünen Klimaschutzgesetz nur noch eine schicke Hülle. Alles, was zur Umsetzung wichtig wäre, haben Sie entkernt. Da haben Sie einfach den Klimaschutzplan als zentrales Steuerungselement weggepackt. Sie holen aus der Trickkiste ein Klimaschutz-Audit hervor und wollen damit jetzt anfangen, obwohl Sie seit Jahren dazu verpflichtet wären, ein Monitoring zu machen. Wir nehmen Ihnen nicht wirklich ab, dass Sie jetzt hier auf einmal

alles anders machen wollen, obwohl Sie es ja schon längst hätten machen können.

Dann kommen wir noch zu Ihrem Verwandlungstrick mit dem Klimafolgenanpassungsgesetz. Da muss ich schon sagen, Frau Ministerin Heinen-Esser: Schlauer Move, das vom Klimaschutzgesetz zu trennen; denn damit sind Sie den Koalitionsstreitigkeiten irgendwie aus dem Weg gegangen. Minister Pinkwart kann Ihnen da nicht mehr so hineinreden. Das haben Sie gut gemacht.

Aber ich muss Ihnen eines sagen: Dass Sie hier und an anderen Stellen immer wieder gesagt haben, es sei das erste deutsche Klimaanpassungsgesetz, dass Sie dieses Label draufpappen, obwohl es zu mindestens 95 % aus dem alten rot-grünen Klimaschutzgesetz abgeschrieben ist, ist wirklich dreist. Das muss ich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Illusionsminister Pinkwart, Ihre Tricks sind enttarnt. Vielleicht ist die Provinzbühne wirklich eher Ihr Metier.

(Heiterkeit von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Für das Land muss es aber endlich etwas geben, was Sie eigentlich auch aus Ihrer Karriere gut kennen sollten: Ambitionen – aber Ambitionen für Fortschritte beim Klimaschutz und keine billige Trickseriei.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Wibke Brems (GRÜNE): Ich möchte Ihnen ganz klar sagen: Suchen Sie sich eine Bühne, die Ihrer magischen Ambitionen würdig ist. Unser Land und der Klimaschutz haben jedenfalls etwas Besseres verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Nur mal so ganz allgemein: Der Begriff „Lüge“ in deklinierter oder passivischer Form sollte nicht inflationär in Zwischenrufen und in Redebeiträgen verwendet werden. – Für die AfD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wetter verändern zu können, war von jeher Wunsch der Menschheit. Einige führen Regentänze auf, andere beten und andere versuchen, 0,04 % unserer Atmosphäre zu verändern. Denn aktuell besteht unsere Atmosphäre zu etwa 0,04 % aus CO₂. Die anderen Parteien sagen: Wenn wir in Deutschland kein CO₂ mehr emittieren, dann kann Deutschland damit das Wetter der ganzen Welt verändern.

Dabei gab es über Jahrhunderte einen Konsens unter den Wissenschaftlern, dass es sinnvoller ist, sich als Mensch an das Wetter anzupassen, anstatt zu versuchen, das Wetter zu verändern. Und so bauten Menschen wetterfeste Behausungen und Dämme, um sich vor dem Wasser zu schützen. Man installierte Blitzableiter, statt zu versuchen, das Gewitter zu verhindern.

Sie aber wollen aus Deutschland, aus NRW die ganze Welt, das Wetter der gesamten Welt verändern. Dabei ignorieren Sie beständig, dass Deutschland gar nicht die Weltherrschaft innehat. Sie ignorieren beständig, dass es einen EU-weiten Zertifikatehandel gibt, der alle Erfolge im Energiesektor auffrisst. Sie ignorieren beständig, dass Deutschland seine Unternehmer nicht davon abhalten kann, abzuwandern und einfach die Fabrik im Ausland wieder zu installieren. Sie ignorieren beständig, dass es viele Menschen gibt, die von dem Klimawandel profitieren.

Wenn es wärmer wird, brauchen wir weniger Brennstoff zum Heizen. Wenn mehr Häfen im Winter eisfrei sind, erschließt das neue Handelswege und schont Ressourcen. Wenn mehr CO₂ in der Atmosphäre ist, dann werden Pflanzen besser wachsen können – ein Nahrungsmittelgewinn.

All diese Chancen des Klimawandels ignorieren Sie. Stattdessen schauen Sie nur auf die Risiken. Sie erzeugen Angst bei der Bevölkerung, und mit dem Erzeugen von Angst werden seit jeher Entscheidungen und Zwangsmaßnahmen gegen den eigentlichen Willen der Menschheit durchgesetzt. Jeder, der sich gegen die Angstkampagne der Regierung stellt, wird dafür nicht etwa belohnt, sondern diffamiert. Da werden renommierte Wissenschaftler, die eine andere Meinung haben, vom Umweltbundesamt als sogenannte Klimaleugner diffamiert.

Es ist auch zu befürchten, dass der Zwang auf die Menschen weiter erhöht wird, dass weiter Grundrechte abgebaut werden – alles für die große Transformation, alles für den totalen Klimaschutz. Die COVID-19-Maßnahmen haben anscheinend viele Politiker auf den Geschmack gebracht.

So ist zu befürchten, dass nach dem Corona-Lockdown jetzt der Klima-Lockdown kommen wird: Die Strommenge wird zum Beispiel über das Abschalten von Verbrauchern begrenzt. Das Reisen wird eingeschränkt. Der Bau von Eigenheimen wird eingeschränkt. Das ist alles bereits im Programm der Grünen. Robert Habeck sagt klar: Eine Rückkehr zur alten Normalität sei – Zitat – kein wünschenswerter Zustand.

Aber dieses Gedankengut findet sich nicht nur bei den Grünen. So schrieb Karl Lauterbach von der SPD in der „WELT“ – ich zitiere –:

„Somit benötigen wir Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels, die analog zu den Einschränkungen der persönlichen Freiheit in der Pandemie-Bekämpfung sind.“

– Einschränkungen der persönlichen Freiheit! Auch das Weltwirtschaftsforum, wo Frau Merkel und Frau von der Leyen gern gesehene Gäste sind, feiert den Lockdown und twittert dazu: Im Stillen verbessern Lockdowns Städte auf der ganzen Welt.

(Carsten Löcker [SPD]: Kinderstunde! Kinderstunde ist das!)

– Ein Lockdown wirklich als Segen für die Menschheit, Herr Kollege von der SPD?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir machen solche Aussagen Angst. Auch das Klimaschutzgesetz macht den mündigen Bürgern Angst. Angst macht aber auch die 180-Grad-Wende von einem CDU-Politiker wie Herrn Minister Hendrik Wüst, der noch 2012 folgenden Satz zum damaligen Klimaschutzgesetz äußerte – ich zitiere –:

„Dieses Gesetz [...] gibt alle Werkzeuge dafür in die Hand, die Axt an den Industriestandort und Energiestandort Nordrhein-Westfalen zu legen.“

Diesen Worten schließen wir uns an. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Ritter.

Jochen Ritter^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stinka, wenn ich mit derselben Chuzpe unsere Politik überhöhen würde, mit der sie sie kritisieren, dann könnte man sagen: Wären Sie in Ihrer Regierungszeit in Sachen Klimaschutz so wirksam gewesen wie wir in den letzten drei Jahren, dann bräuchten wir keine Klimaanpassung.

(Beifall von der CDU – Lachen und Zurufe von der SPD)

Aber ich will mich nicht weiter am Klimaschutz abarbeiten. Darüber haben wir hier schon etliche Debatten geführt.

(Zuruf von der SPD: So ein dummes Zeug!)

Ich würde gerne das neue Klimaanpassungsgesetz aufgreifen; denn nichts ist so stark wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist. Auf dem Tisch liegt nämlich ein richtiges Gesetz zur richtigen Zeit.

(Zuruf von Carsten Löcker [SPD])

Was wie die Abspaltung von einem vorhandenen Regelwerk daherkommt, ist tatsächlich mehr. Wenn man ein wenig mit den Abkürzungen des Gesetzes

hantieren möchte, dann ist KIANG nicht die kleine Schwester von KliSchG.

Es ist auch kein taktischer Winkelzug, Frau Brems, was wir hier unternehmen, sondern es ist ein Regelwerk mit einer eigenen DNA, mit einer eigenen Historie, auch auf anderen politischen Ebenen. Es ist supranational – eher als zartes Pflänzchen – erstmals in der Klimarahmenkonvention Anfang der 90er-Jahre bei der UN aufgekommen. Im Pariser Abkommen 2015 nahm es dann etwas breiteren Raum ein. Die EU ist 2013 mit ihrer Anpassungsstrategie nachgezogen. Unlängst wurde im Zuge des Green Deal nachgeschärft. Auch der Bund hat 2008 eine Strategie entwickelt und Ende 2020 aktualisiert.

Das wollen wir auch, allerdings – und das ist neu in Deutschland und einzigartig im Reigen der Bundesländer – auf der soliden Grundlage eines eigens dafür gemachten Gesetzes. Das zeigt, wie ernst wir die Angelegenheit nehmen und welchen Stellenwert wir ihr auch einräumen.

Das vorgelegte Regelwerk ist zugegebenermaßen nicht das umfangreichste und auch nicht das detaillierteste, das dieses Hohe Haus bisher durchlaufen hat. Aber nach meinem Eindruck ist es eine passgenaue und zeitgemäße Ansprache, die den aktuellen Sound recht gut trifft.

Damit meine ich zum Beispiel das, was ich nach der Kommunalwahl in vielen programmatischen Reden von Bürgermeister*innen, von Landräten, von Fraktionsvorsitzenden vernommen habe. In keiner Rede fehlte eine Aussage zum Klima, meistens stand sie ganz oben auf dem Zettel. Viele hatten durchaus plausible Vorstellungen, wo sie in ihrer Kommune ansetzen, und zwar auf der ganzen Breite des Spektrums.

Deshalb bin ich sicher, dass die meisten der Gemeinden und Gemeindeverbände – sie sind es ja, an die sich die Vorschriften vor allem richten – etwas damit anzufangen wissen, zumal Klimaanpassungskonzepte in der kommunalen Familie ja kein völliges Neuland sind. Es gibt bereits eine beträchtliche Anzahl von Kommunen und Städten – vorzugsweise Großstädten –, in denen solche aufgelegt worden sind. So stellt zum Beispiel Hitze eine besondere Herausforderung dar, oder frische Luft hat nicht immer freie Bahn.

Aber Klimaanpassung ist kein reines Stadthema. Auch das ist eben richtigerweise bei der Ministerin angekommen. Auch im ländlichen Raum sorgt Klimawandel für Effekte, die wahrscheinlich nicht mehr zu vermeiden sind und mit denen man sich einfach auseinandersetzen muss: Starkregen erodiert Waldwege oder führt bei verrohrten Bächen zu Schwierigkeiten.

Die Klammer um diese unterschiedlichen Sachverhalte ist der in Anbetracht dieser lokalen Unterschiede bewusst weit gehaltene Begriff „grüne

Infrastruktur“, wobei auch die Farbe Blau in diesem Zusammenhang ihre Berechtigung hat; denn es geht neben den terrestrischen ja auch um aquatische Ökosysteme. Diese widerstandsfähig zu machen, sie robust, aber auch flexibel zu gestalten,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

um Anpassungen zu ermöglichen oder letztlich auch neue Wege zu gehen und Resilienz zu bewerkstelligen, ist der wesentliche Zweck, der mit den vorliegenden Vorschriften verfolgt wird. Es ist auch an der Zeit, das zu tun, weil diese Maßnahmen gehörigen Vorlauf brauchen, bis sie wirken.

Das Gesetz passt zu dem, was unterschiedliche Teile der Regierung bisher angereizt haben, so etwa zum Förderprogramm des MULNV die Starkregeneignisse aus 2018 betreffend und zum Programm „Prima.Klima.Wohnen“, mit dem das MHKBG im selben Jahr das „grüne Quartier“ angesprochen hat.

Wir fangen also nicht bei null an. Wir schicken die Kommunen auch nicht ins Ungewisse, sondern wir holen sie in mehr oder weniger bekanntem Terrain ab. Wir nehmen sie in die Pflicht, ohne sie zu zwingen, und lassen ihnen damit, Herr Stinka, in Sachen Finanzen auch den Zugang zu darauf gerichteten Fördertöpfen – sowohl zu bestehenden wie auch solchen, die aller Voraussicht nach noch eingerichtet werden.

Wir gehen mit einer eigenen Strategie voran und können dabei auf eigene Expertise bauen; denn das LANUV beschäftigt sich teilweise bereits mit diesen Sachverhalten, wenn auch eher projektorientiert. Das gilt es zu verstetigen.

Der Brückenschlag zur Gesellschaft erfolgt auf zweierlei Weise. Auf der einen Seite wirken gesellschaftliche Gruppen bei der Erstellung der Strategie mit. Auf der anderen Seite werden diese im begleitenden Beirat vertreten sein. Dies sollte für ausreichend Einbeziehung bzw. Rückkopplung sorgen. Das ist wichtig; denn es geht um Gegenstände, die jedenfalls in Teilen auch als Gemeinschaftsgüter begriffen werden: Wälder, Wasser usw.

Es ist nicht zuletzt die Pandemie, die das Bewusstsein dafür noch einmal geschärft hat. Ich gehe davon aus, dass dieses Empfinden, diese Sensibilität nicht komplett verschwindet, wenn wir die Pandemie hoffentlich bald überwunden haben werden. Deshalb macht es Sinn, sich dem Klimawandel eben auch von dieser Seite zu nähern.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich ebenfalls unseren Positionen annähern würden. Das wird die Diskussion im Ausschuss zeigen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ritter. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Diekhoff.

Markus Diekhoff* (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen bringt heute mit dem vorliegenden Gesetzespaket aus Klimaschutzgesetz und Klimaanpassungsgesetz zum Ausdruck, dass Klimaschutz in Zeiten einer schwarz-gelben Regierung einen besonderen Stellenwert hat. Das ist tatsächlich magisch.

(Zuruf von Wibke Brems [GRÜNE])

– Frau Brems, ich kann verstehen, dass es den Grünen nicht gefällt, dass Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle im Bereich des Klimaschutzes und vor allem im Bereich der Klimaanpassung einnimmt, weit vor grün regierten Bundesländern wie Baden-Württemberg. Das ist tatsächlich magisch und hat nichts mit Provinzbühnen zu tun. Wir zeigen, wie man es richtig macht. Wir zeigen, wie es funktioniert.

Das Gesetzespaket aus dem Umweltministerium von Frau Heinen-Esser zusammen mit Minister Professor Dr. Pinkwart aus dem Wirtschaftsministerium macht deutlich, dass Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze sind, sondern dass man dies, wenn man es intelligent macht,

(Beifall von der FDP, Petra Vogt und Dr. Patricia Peill [CDU])

miteinander vereinen und gut ergänzen kann. Den Willen, das zu zeigen, haben die NRW-Koalition und die Landesregierung, und das ist gut für unser Land.

Denn wir wollen intelligente Lösungen, Innovationen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes, keine Verbote. Wir werden die Magie sehen, die sich entwickelt, wenn man Menschen dazu bringt, gute Lösungen zu finden und diese nicht zu verbieten.

Wir wollen die gute Klimaanpassung. Eine Klimaanpassung ist ein wesentlicher Bestandteil beim Kampf gegen den Klimawandel. Unsere Städte müssen auf Hitzewellen vorbereitet sein, unsere Deiche müssen ertüchtigt werden, unsere Wälder müssen klimaangepasst gepflanzt werden.

Deswegen ist es gut und richtig, dass wir ein eigenständiges Gesetz für die Klimaanpassung auf den Weg bringen. Kommunen, Unternehmen und auch viele Bürger gehen schon gut voran, leisten Vorbildliches in Nordrhein-Westfalen. Wir unterstützen das.

Wir sind zudem eine gute Blaupause für Deutschland. Nordrhein-Westfalen mit seinen starken Ballungszentren und mit den weiten ländlichen Räumen kann eine Blaupause für andere Bundesländer sein, wenn sie so weit sind und dem Vorbild der NRW-Koalition folgen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dieckhoff. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Klima, also das durchschnittliche Wetter, der letzten 30 Jahre hat sich immer geändert. Wenn es eine Konstante in der Erdgeschichte gab, dann ist es die Veränderung des Klimas, seien es in jüngster Vergangenheit allein in Europa die verschiedenen Wetterbedingungen wie das „Römische Klimaoptimum“, das „Mittelalterliche Klimaoptimum“ und die Kleine Eiszeit mit der großen Dürre von 1540.

Die Entwicklungsgeschichte des Menschen ist geprägt von Anpassungen an unterschiedliche Umgebungen und Lebensräume. Genau deshalb ist unsere Spezies so erfolgreich und hat sich fast über den gesamten Planeten ausgebreitet, von den Klimazonen der Wüstengebiete in Afrika bis zur Arktis. Genau das zeichnet unsere Spezies aus, die Anpassung.

(Zuruf von Markus Dieckhoff [FDP])

– Herr Dieckhoff, das ist es doch. Es gibt mehr Menschen auf der Welt – das haben Sie vielleicht noch nicht gewusst – als jemals zuvor, weil wir so erfolgreich waren, weil wir uns angepasst haben, vollkommen gesetzlos. Niemand hat ein Klimaanpassungsgesetz gebraucht.

(Lachen von Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)

Die gesamte Menschheit ist in 250.000 Jahren ohne solche Gesetze zurechtgekommen, und zwar sehr erfolgreich, Frau Heinen-Esser.

Wie kann man in dem naiven Glauben sein, dass Klimaanpassungsziele ... Sie wissen übrigens nicht mal, wie sich das Klima entwickelt. Ich habe Sie eben gefragt. Sie konnten und wollten keine Antwort geben, wie das überhaupt verbindlich geregelt sein sollte.

(Frank Sundermann [SPD]: Aha!)

Sie wissen nicht mal, wie übermorgen das Wetter sein wird, glauben dann aber, Sie könnten die durchschnittliche Temperatur in 30 Jahren vorhersagen.

Dabei wissen Sie ganz genau, dass es kein einziges belastbares Klimamodell gibt – kein einziges! Die Pseudoklimamodelle sind nicht mal in der Lage, die vergangene Klimaentwicklung zu beschreiben. Ein Modell, das nicht in der Lage ist, reproduzierbare Fakten, also die Vergangenheit, widerzuspiegeln, ist absolut unbrauchbar für zukünftige Vorhersagen.

Ihr Gesetz ist deshalb im besten Fall wirkungslos. Doch die Mehrkosten und der bürokratische Aufwand sind jetzt schon ...

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Sie fangen schon wieder an, dazwischenzupöbeln. Ich verstehe das. Es ist schwierig für Sie.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Die Mehrkosten sind jetzt schon unübersehbar. Ich glaube auch, dass die nordrhein-westfälische Ministerin für alles Grüne außer Landwirtschaft ihren eigenen Gesetzentwurf nicht verstanden hat.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Aha! – Frank Sundermann [SPD]: Ich habe es gewusst!)

Nach § 4 des Gesetzes sind die Klimaanpassungsziele unmittelbar verbindlich. Was soll diese Verbindlichkeit eigentlich sein? Was sind denn diese Klimaanpassungsziele für – Zitat – die „Sicherung einer menschenwürdigen Umwelt“ und für – Zitat – den „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“? – Bei uns hier ist übrigens nichts groß natürlich.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Bevor wir die Frage nach den Klimaanpassungszielen stellen, müssen vorher Begriffe wie „menschenwürdige Umwelt“ und „natürliche Lebensgrundlagen“ geklärt werden.

Seit der letzten Anhörung im Umweltausschuss – spätestens da hätten Sie es wissen müssen – wissen wir doch, dass es eine Natürlichkeit im eigentlichen Sinn überhaupt nicht gibt. Weder im Gesetz und insbesondere nicht in den Reden meiner Vorredner wurde deutlich, warum wir dieses Gesetz brauchen.

Von Wald und Forst als einem Handlungsfeld ist beispielsweise nur in der Erläuterung zu lesen. Aber was berücksichtigt das NRW-Wiederbewaldungskonzept nicht? Kann es eine standortgerechte Aufforstung der heimischen Baumarten ohne dieses Klimaanpassungsgesetz nicht geben? Das ist doch völliger Unfug. Stattdessen wird das Gesetz mit dem European Green Deal und dem Pariser Klimaschutzabkommen begründet.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Ich habe länger Zeit, weil die Ministerin auch überzogen hat.

(Lachen von der SPD)

Das ist hier nicht angezeigt worden. Ich gebe zu bedenken, das ist nicht angezeigt worden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Also, Herr Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Es ist bezeichnend, dass das bei diesem Thema nicht angezeigt wurde, übrigens frei nach dem Motto: Wenn die Apologeten der „Church of Global Warming“ etwas sagen, dann muss das schon stimmen.

Ich erinnere mich noch an eine Zeit, da haben CDU und FPD in der Opposition ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Dr. Christian Blex (AfD): ...gegen das Klimaschutzgesetz in NRW gestimmt. Sie haben das Gesetz mit einem Ermächtigungsgesetz verglichen und sich für diese Wortwahl im Gesetz entschuldigt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Blex, entschuldigen Sie, ...

Dr. Christian Blex (AfD): Und heute in der Regierungsverantwortung schreiben Sie nicht nur das Klimaschutzgesetz fort, ...

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: ... Ihre Redezeit ist beendet.

Dr. Christian Blex (AfD): Ich führe das eben noch zu Ende.

(Widerspruch von SPD, CDU und Grünen)

... Sie von CDU und FDP sind mittlerweile zu Erfüllungsgehilfen von schulschwänzenden Klimahüpfern und Ökojüngern geworden

(Lachen von der SPD)

Und aus Schwarz-Gelb ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Blex!

Dr. Christian Blex (AfD): ... ist schon längst Magenta geworden. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Blex, zum einen darf ich Sie darauf hinweisen, dass Sie bitte auch hier im Plenarsaal eine Maske tragen. Es ist Ihnen ausdrücklich eine medizinische Maske hingelegt worden, damit sie diese benutzen können.

Zum anderen darf ich Sie darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 19 Sekunden überzogen hat, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um 20 Sekunden

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

und ich Sie überhaupt erst nach 20 Sekunden durch ein Räuspern darauf aufmerksam gemacht habe, dass Ihre Redezeit auch zu Ende ist. Das ist hier einvernehmlich im Sitzungsvorstand so festgestellt worden.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ich bitte Sie, durchaus zur Kenntnis zu nehmen, dass wir Redezeitüberziehungen der Landesregierung im Blick haben und das bei den Fraktionen von vornherein entsprechend berücksichtigt.

Jetzt hat aber die Landesregierung noch einmal um das Wort gebeten. Damit hat Herr Professor Dr. Pinkwart das Wort. Daraus ergeben sich – das schon mal vorweggenommen – für die Fraktionen entsprechende Schlussfolgerungen, was ihre Redezeit angeht. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ganz herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das waren ja schon bemerkenswerte Beiträge, die wir hier gehört haben.

Herr Stinka, zunächst zu Ihnen: Sie stellen die Bundesumweltministerin. Das weiß vielleicht nicht jeder, aber es ist tatsächlich so.

Die Bundesregierung hat ein Klimaschutzgesetz vorgelegt, das erste in Deutschland, im Dezember 2019, mit dem Ziel für Deutschland: minus 55 % bis 2030, Klimaneutralität bis 2050. Das Ziel der Bundesregierung bis dahin war minus 40 % bis 2020. Sie haben in Kenntnis dieser Ziellage 2013 minus 25 % in das NRW-Klimaschutzgesetz geschrieben, als Frau Thoben in der Vorgängerregierung 2008 bereits das Ziel von minus 32 % bis 2020 vorgegeben hatte. – Das nur, damit wir hier mal Klarheit haben, wer welche Ziele anstrebt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vor dem Hintergrund können Sie Ihre Rede bitte noch einmal überprüfen und sich fragen, ob wir in Nordrhein-Westfalen das Bundesziel von minus 55 % bis 2030 übersteigen sollten. Ich bitte Sie, das noch einmal in Ruhe zu überdenken.

Ich bitte Sie auch, in dieses Nachdenken die Gesetzesnovelle des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg einzubeziehen, die besonders lesenswert ist. Diese Gesetzesnovelle wurde im Dezember 2020 – also vor drei Monaten – verabschiedet.

Was hat Baden-Württemberg beschlossen? – Baden-Württemberg hatte 2013, ein halbes Jahr nach NRW, ein Klimaschutzgesetz mit ebenfalls einem Minus von 25 % bis 2020 beschlossen, im Jahre 2019

aber noch nicht einmal 20 % geschafft. Das ist Baden-Württemberg.

Was kommt aber jetzt in einer Novelle? Nachdem man Frau Brems gehört hat, würde man meinen, mit einem grünen Ministerpräsidenten ... Wie ist er am Wahlabend von der grünen Bundespartei gefeiert worden: unser grüner Ministerpräsident! Da haben wir einen Zuspruch.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Der ist in Baden-Württemberg sogar noch gestiegen. Wir sind ja die grüne Klima- und Umweltpartei!

(Zurufe von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

Welches Ziel aber hat sich dieser grüne Ministerpräsident in der Klimaschutznovelle in Baden-Württemberg für 2033 vorgenommen?

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Er hat sich kein Minus von 55 % vorgenommen, wie das die Bundesregierung und wir in Nordrhein-Westfalen getan haben. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, der jetzt so toll wiedergewählt wurde, hat sich ein Minderungsziel von 42 % vorgenommen. Das ist grüne Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Hier groß zu tönen, wo es unverbindlich ist, und sich in Stuttgart für eine wirtschaftsfreundliche Klimapolitik feiern zu lassen,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das hier ist der Landtag von Nordrhein-Westfalen!)

das ist eine Doppelbödigkeit, mit der Sie arbeiten. Das ist wirklich nicht mehr zu ertragen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frau Brems, dann von Zauberei und von Trickserei

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

zu sprechen, dazu muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Damit müssten Sie sich doch auseinandergesetzt haben. Wenn Sie das, was Sie hier gesagt haben, in der Zielbeschreibung ehrlich gemeint haben sollten, dann hätten Sie alles tun müssen, um Ihre Grünenfreunde in Baden-Württemberg von diesem Gesetz abzubringen. Sie hätten ihnen sagen müssen: Ihr müsst mindestens 55 % ...

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

– Moment! Es geht ja weiter, Frau Paul.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ich bin gespannt, ob Sie auch noch mal auf dieses Bundesland zu sprechen kommen!)

Ich habe Ihnen noch nicht berichtet, was Baden-Württemberg mit Blick auf 2050 beschlossen hat. Baden-Württemberg hat eben nicht, wie die Bundesregierung und wie der Bundestag, beschlossen, bis 2050 klimaneutral zu sein.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Was machen Sie denn eigentlich hier in Nordrhein-Westfalen?)

Es hat nicht wie Nordrhein-Westfalen die Klimaneutralität beschlossen. Wissen Sie, was Baden-Württemberg beschlossen hat? – Wir bleiben bei dem Ziel für 2050, das wir schon 2013 beschlossen haben; wir bleiben bei minus 90 %.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wir wollen bis 2050 gar nicht klimaneutral werden, weil wir in Baden-Württemberg eine starke Wirtschaft behalten wollen.

Unterhalten Sie sich doch bitte erst einmal mit Ihrem gerade wiedergewählten Ministerpräsidenten. Wenn Sie dann wiederkommen und neue Erkenntnisse haben, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: ... freuen wir uns auf die Debatte mit Ihnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU – Josefine Paul [GRÜNE]: Keinerlei Substanz!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, es gab den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Es ist immer schwierig, mit der Anzeige dazwischenzukommen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was soll das Theater?)

Ich weise darauf hin: Die Landesregierung hat ihre Redezeit einschließlich der 19 Sekunden aus der ersten Runde um insgesamt 4 Minuten und 24 Sekunden überzogen, sodass auch die Fraktionen entsprechend weitere Redezeiten hätten.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Abgeordneter Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Pinkwart, Ihre Reaktion macht deutlich, dass die SPD-Fraktion genau da getroffen hat, wo es wehtut, und dass da nichts ist.

(Beifall von der SPD)

Ich will Ihnen eines sagen: Ich war damals bei Christa Thoben dabei. Von Christa Thoben zu lernen heißt nicht, gewinnen zu lernen.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Wir haben uns das daraufhin extra noch einmal angesehen. Wir hatten zusammen mit den Grünen ein Klimaschutzgesetz gemacht, das der Realität entsprach. Ich habe vorhin davon gesprochen, dass wir wussten: NRW ist gebaut. Gerade die Sanierung von Gebäuden war ein großes Problem in diesem Land. Deswegen hatten wir ein Ziel festgelegt, das wir erreichen und vernünftig organisieren konnten. Sie ruhen sich jetzt auf diesem Klimaschutzgesetz aus.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Genau!)

Ich habe bei Frau Schulze nicht über das Klimaschutzziel gesprochen, sondern über die Sektorkoppelung. Sie machen ein Klimaschutzgesetz, in dem Sie den Verkehr,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

die Landwirtschaft und die Gebäudebereiche nicht auseinanderdividieren und dann deutlich machen, wo die Sparziele sind. Sie haben mit Ihrer Rede jetzt noch einmal deutlich gemacht – auch mit Ihrem emotionalen Auftritt hier –, dass genau da die wunde Stelle liegt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie sind unkonkret, Sie kriegen die Ziele nicht organisiert. Daran werden wir Sie messen; da können Sie ganz sicher sein.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kollege Stinka. – Gibt es weitere Wortmeldungen? Angezeigt sind keine. – Das bleibt auch beim Blick in die Runde so. Damit sind wir am Ende der Aussprache.

Wir stimmen ab, erstens über den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 17/12976**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann darf ich feststellen, dass vom Hohen Hause einstimmig so **überwiesen** wurde.

Ich lasse zweitens abstimmen über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/12977. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Umwelt, Land-

wirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – federführend –, an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit stelle ich auch hier fest, dass dieser **Gesetzentwurf Drucksache 17/12977** vom Hohen Hause einstimmig **überwiesen** wurde.

Ich rufe auf:

5 Eltern in der Pandemie entlasten – Elternbeiträge für Kitas, Kindertagespflege und OGS für mindestens Februar 2021 übernehmen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13056

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordneter Kollegin Paul das Wort. Bitte sehr.

Josefine Paul* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich auf die Fahnen geschrieben, Kinder und Familien in den Mittelpunkt der Krisenbewältigung zu stellen. Das ist etwas, das wir im Grundsatz absolut unterstützen. Das eint uns hier im Hause sicherlich alle. Allein, wenn man sich das auf die Fahnen schreibt, dann muss man dem auch Taten folgen lassen.

Kinder, Jugendliche und Familien schultern in dieser Krise viel; das haben wir in diesem Haus immer wieder diskutiert. Nicht zuletzt schultern sie auch die von Familienminister Stamp als Mantra vorgetragene Betreuungsgarantie; denn er hat immer wieder vorgebracht, dass es mit ihm keine Kita-Schließungen geben werde. Das ist erst einmal richtig.

Wir haben an vielen Stellen aber schon darüber gesprochen, dass man auch die entsprechenden Voraussetzungen dafür schaffen muss, wenn man Kitas und Schulen offenhalten will. Wenn das Offenhalten von Kitas und Schulen Priorität haben soll – und das wollen wir hier alle –, dann muss man die Voraussetzungen dafür schaffen, damit das gelingen kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dazu gehört wiederum – auch wenn das jetzt nicht die Frage der Elternbeiträge ist, aber wir wollen, dass die Kinder in die Kita gehen können –, dass wir endlich eine umfassende Teststrategie für die Kitas bekommen, die Testmöglichkeiten für die Kinder einschließt.

(Beifall von den GRÜNEN)